Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel

*

Protokoll

mit dem Bericht der

Frauenkonferenz

J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin
1927

Der Parteitag tagte
vom 22. bis 27. Mai 1927

im

Gewerkschaftshaus zu Kiel

Die Frauenkonferenz
vom 27. bis 29. Mai 1927

ebendort

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels, Berlin. — Otto Eggerstedt, Kiel

Schriftführer:

Wilhelm Winzer, Breslau
Marie Arning, Magdeburg
G. Steinbrecher, Brandenburg
Wunibald Lutz, Worms
Otto Saupe, Wurzen
Thomas Wimmer, München
Aug. Bartelt, Wilhelmsburg
Erich Mäder, Altenburg
Heinz Lehnemann, Bergkamen

Mandatprüfungs- und Beschwerdekommission:

Hans Vogel, Nürnberg
Otto Grotewohl, Braunschweig
Georg Setzer, Ludwigshafen
Otto Steinmayer, Stuttgart
Hermann Harnisch, Berlin
Johanna Reitze, Hamburg
Hauschild, Elberfeld
Elise Thümmel, Dresden
Wilhelm Knothe, Wetzlar

Anwesende Gäste:

Andersen und Stauning, Dänemark; Eisler und Renner, Deutsch-Oesterreich; Bracke, Frankreich; Modigliani, Italien; Klara Kalnin, Lettland; Czapinski, Polen; Kowoll, Polen O. O. S.; Möller und Wollin, Schweden; Abramowitsch, Rußland; Tomaschek (Tschechische Sozialdemokratie); Nießner (Deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei), und Gellert, Kreuzburg und Schubert, Leipzig, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Tagesordnung

Sonntag, den 22. Mai 1927, nachm. 5 Uhr

Vorversammlung

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Konstituierung des Parteitages, Wahl der Mandatprüfungs-Kommission

Montag, den 23. Mai 1927, und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes
   a) Allgemeines — Berichterstatter: Otto Wels
   b) Agitation, Organisation und Kasse — Berichterstatter: Fr. Bartels und K. Ludwig
2. Bericht der Kontrollkommission — Berichterstatter: Friedrich Brühne
3. Das Agrarprogramm — Berichterstatter: Dr. Baade, Berlin, und Krüger, Lüneburg
4. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Berichterstatter: Robert Schmidt
5. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik — Referent: Dr. Hilferding
6. Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale — Berichterstatter: Artur Crispien
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind

Protokoll

Eröffnungssitzung

Sonntag, den 22. Mai 1927, nachmittags 5 Uhr

In dem mit Tannenreisig geschmückten großen Saale der Nord-Ostsee-Halle zu Kiel wurde am Sonntag, den 22. Mai 1927, nachmittags 5 Uhr, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffnet. Nach schwungvoll vorgetragenen musikalischen Darbietungen des städtischen Orchesters und der Vereinigten Arbeitersänger ergriff

Eggerstedt, Kiel, das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Parteigenossinnen! Parteigenossen! Gesinnungsfreunde! Wir Schleswig-Holsteiner, wir Kieler freuen uns, die erwählten Vertreter unserer Partei, die Gäste aus allen Gauen Deutschlands, die Abgesandten unserer Bruderparteien aus vielen Ländern, heute in unserer Mitte begrüßen zu können. Daß jetzt zum ersten Male, seit wir in Deutschland eine sozialistische Bewegung kennen, die Gesamtpartei in Kiel tagt, ist wohl auf die geographische Lage unserer Stadt zurückzuführen. Organisatorisch waren wir seit langem gerüstet, den Parteitag zu empfangen. Dafür bürgt das Wirken des Mannes, dessen Name unlöslich mit Kiel verbunden ist, Carl Legien. (Bravo!) Carl Legien ist nicht mehr; aber unter uns sind viele, die Jahrzehnte gemeinsam mit ihm für den Sozialismus gekämpft haben, und mit ihnen lebt der Geist, der getragen wird von dem Willen zur Macht, und in nüchterner Realpolitik, in ruhiger Selbstsicherheit danach trachtet, Schritt für Schritt das Gemeinwesen für die Arbeiterklasse zu erobern.

In diesem Sinne haben wir uns immer bemüht, die Politik zu gestalten, und unsere Bewegung beweist, daß Politik in diesem Sinne keine Entfremdung der breiten Massen zu bedeuten braucht. Trotz des agrarischen Einschlags zählen wir in Schleswig-Holstein bei 1½ Millionen Einwohnern 47 000 organisierte Parteimitglieder. (Bravo!) Trotz großer Erwerbslosigkeit haben wir in Kiel bei rund 200 000 Einwohnern 11 000 organisierte Parteigenossen. (Erneutes Bravo!)

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Durch gemeinsame Arbeit in gegenseitigem Vertrauen und Verstehen, durch selbstlose und opferwillige Arbeit von vielen Ungenannten sind wir die stärkste Partei geworden. Wir freuen uns deshalb, gerade heute an dem Ehrentage der Kieler Organisation, viele der alten Kämpfer in unserer Mitte begrüßen zu können, die Jahrzehnte für unsere Fahne gestritten haben. Wir haben in der Nachkriegszeit viele Parteien werden sehen; es war nicht schwer, in den Wirrnissen der Zeit Entwurzelte und Verzweifelte um eine neue Fahne zu scharen. Wo aber ist die Partei, die durch Jahrzehnte über Krieg und über Revolution hinweg die Massen so bei der alten Fahne gehalten hat, wie die unsrige? Das Ver-

trauen zu unserer Sache, der Glaube an unseren Sieg hat uns geholfen, die Wirrnisse zu überwinden. Das Fundament unserer Partei ruht fest im Volke.

Wir grüßen auf den Plätzen unserer Ehrengäste der Partei Jubilare, Männer und Frauen. Unsere Bewegung, die die Gleichberechtigung aller Menschen erstrebt, ist nie einseitig eine Bewegung der Männer gewesen; sie hat immer im gleichen Maße auch die Frauen erfaßt. Gerade bei uns wird die Bewegung getragen von der ganzen Familie. Die Frauen sind erfaßt, und durch die Frauen die Kinder. In den Frauen haben wir erfaßt die Mütter, die Bildner der Jugend; deshalb fehlt auch bei uns die Jugend nicht, die wir auch heute in diesem Rahmen begrüßen können, die Jugend, die bereit ist, wenn Zeit und Stunde es erfordert, an unsere Stelle zu treten. Wir grüßen unsere Jüngsten, die Roten Falken, und wir grüßen vor allem die Jugend, die heute in die Organisation der Gesamtpartei eintritt. Wir haben mit Freuden vernommen, daß allein in diesem Jahr Tausende von Jugendlichen den Uebertritt zur Gesamtpartei vollzogen haben. (Bravo!) Das ist die Jugend, die berufen ist, einmal unser Ziel zu verwirklichen und unser Erbe anzutreten.

Der Rahmen, in dem heute die Begrüßung des Parteitages stattfindet, legt Zeugnis ab von der Stärke unserer Partei. Er zeigt, wie fest wir mit allen Generationen, mit allen Schichten des Volkes verwachsen sind. Wir möchten durch diesen Auftakt erreichen, daß die Delegierten, wenn sie nun zu ernster Arbeit zusammentreten, getragen werden von dem Gefühl dieser Stärke. Immer, wenn die Partei rief, und war es zu den schwersten Kämpfen, hat die Parteimitgliedschaft Gefolgschaft geleistet. Die Partei rief während des Zusammenbruchs 1918, als es galt, die Einheit des Vaterlandes zu retten und die deutsche Republik zu schaffen. Die Partei rief, als es galt, während der Kapptage die Reaktion zu werfen, die geschaffene Republik zu schützen. Alle kamen, und jeder war bereit, das Höchste für die Partei einzusetzen. Dafür zeugen gerade in Kiel die Gräber, an denen wir morgen gedenkend weilen werden. Wie es in Kiel war, so war es überall, wo unsere Mitgliedschaft zum Kampfe aufgerufen wurde, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Eine solche kampferprobte Gefolgschaft kann als Machtfaktor in allen Kämpfen in Rechnung gestellt werden; eine solche Gefolgschaft verdient aber auch Vertrauen. Wir haben Vertrauen zu unseren gewählten Führern. Aber wir möchten in dieser Stunde unseren Führern sagen: habt auch Ihr Vertrauen zu uns; Ihr könnt auf die Parteimitgliedschaft in allen Situationen zählen! Aus dem gegenseitigen Vertrauen wird dann der Wille zur Macht wachsen, der bestimmend sein muß für die künftigen Kämpfe, die wir um die Eroberung des Staates führen müssen. Unser Wunsch ist, daß der Parteitag in diesem Geiste seine Arbeit beginnen und vollenden möge. Daher Glück auf zur Arbeit! (Lebh. Beifall.)

Hierauf ergreift Hermann **Müller-Franken** das Wort zur Eröffnungsrede.

Müller-Franken: Genossinnen und Genossen! Wir danken den Kieler Genossinnen und Genossen für den herzlichen Empfang, den sie uns von der ersten Stunde unseres Hierseins ab bereitet haben. Der Gen. Eggerstedt hat in seinen Begrüßungsworten bereits darauf hingewiesen, daß Kiel mit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung durch den Namen Carl Legien verbunden ist. Wir tagen heute hier unter seinem Bild. Er war einer jener Männer, die aus der Tiefe kamen, die unablässig an sich selbst arbeiten, die das Höchste erreichen, was einem Parteiführer beschieden sein kann: geliebt zu sein von den Massen und geachtet von den Gegnern. Wenn heute draußen

im Meer ein Dampfer schwimmt, den Stinnes auf den Namen „Carl Legien" getauft hat, so war das kein Höflichkeitsakt; denn wer Stinnes kannte, wußte, daß er kein Komplimenteschneider war. Es war die Achtung vor dem Gegner, die ihn veranlaßte, das Schiff so taufen zu lassen.

Als Carl Legien hier in Kiel tätig war, war Kiel eine aufstrebende Stadt. Es kam dann die Zeit des Niederganges, und wir wollen keine Stunde vergessen, daß wir diesen Niedergang unseres Vaterlandes den Verbrechern am Wiener Ballplatz sowie ihren Berliner Helfershelfern verdanken, die Deutschland in diesen Weltkrieg hineingerissen haben. (Bravo!) Auch die in Berlin waren mitverantwortlich, und für diejenigen, die an dem Alten hängen, ist Kiel geradezu das Schreckwort geworden, weil von Kiel das Signal zur deutschen Revolution ausging, weil hier zuerst im November 1918 Deutsche die Geduld verloren haben, nachdem sie jahrelang angelogen und mit einem Siegfrieden getäuscht worden waren, der dieser Welt von Feinden gegenüber niemals zu erreichen war.

Die Kieler Revolution war der Schritt Verzweifelter in eine dunkle Zukunft. Damals haben sich nicht nur im In-, sondern auch im Auslande Freunde Deutschlands oft ängstlich die Frage vorgelegt, ob Deutschland dem Chaos verfallen würde, ob im chaotischen Zustand das Reich auseinandergerissen werden könnte. Ich war am 7. und 8. November 1918, am vierten und fünften Tage der Kieler Revolution, mit Hugo Haase zusammen, hier. Wer damals sah, wie die Kieler Sozialdemokratie bereit war, das Chaos zu vermeiden, der hat den Glauben an die deutsche Zukunft mit in die Revolution des 9. November hinübergenommen. Es ist uns in schwerer Zeit gelungen, Neuland für den deutschen Wiederaufbau zu schaffen; aber wir könnne heute zugeben, daß an manchen Tagen nicht viel gefehlt hätte, und es wäre dem siegreichen Ententemilitarismus gelungen, Deutschland doch noch zu zerreißen.

Die Kämpfe um die Erhaltung des im Kriege gebliebenen Restdeutschlands gingen bis in das Jahr des Ruhreinbruchs, bis in das Jahr 1923 hinein, und es ist den deutschen Arbeitern und Angestellten in erster Linie zu danken, wenn das Restreich, das uns im Weltkrieg geblieben ist, für die Freizügigkeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse erhalten worden ist. Das haben wir erreicht.

Noch nicht erreicht haben wir den Anschluß unserer österreichischen Brüder, die unter der Führung der österreichischen Sozialdemokratie zu uns wollen, und die zunächst noch durch die politischen Machtverhältnisse daran gehindert werden. Aber wir haben den Sieg der österreichischen Sozialdemokratie vor kurzem gefeiert wie einen deutschen Sieg. (Lebh. Bravo!) Der Sieg der österreichischen Sozialdemokratie über die Einheitsliste Seipels soll der Vorläufer werden zu dem Sieg, den wir 1928 über den deutschen Besitzbürgerblock feiern werden. (Lebh. Zustimmung.) Denn es wird vor 1928 zu einer Wahlschlacht nicht kommen. Eine der Ursachen, die schließlich zur Bildung des Bürgerblocks geführt haben, war ja die Angst sämtlicher bürgerlichen Parteien vor einem Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Der Tag der Abrechnung wird kommen. In den wenigen Monaten, seitdem die politischen Geschicke Deutschlands von dem Bürgerblock abhängen, hat sich ja schon deutlich gezeigt, wohin die Reise geht, besonders auf außenpolitischem Gebiet, seitdem Herr Hergt von Oberschlesien aus mitregiert. Die Politik von Thoiry gehört schon der Geschichte an, ehe sie überhaupt wirksam geworden ist. War es nicht blamabel, wie unser Reichsaußenminister Stresemann vor dem neugewonnenen polnischen „Erbfeind" Herrn Hergt wegen seiner Beuthener Rede förmlich herauslügen mußte?

Und dies trotz der famosen Richtlinien, unter denen dieser Bürgerblock gegründet worden ist, und die für die Deutschnationalen nur die Bedeutung von Lippenbekenntnissen haben. In der Tat suchen sie bei jeder Gelegenheit gegen die Richtlinien zu arbeiten. Infolgedessen ist die deutsche Außenpolitik heute fast schon so in den Ruf der Zweideutigkeit gekommen, wie es unter Wilhelm dem Letzten der Fall war. Gewiß, als neulich der Stahlhelm in Berlin exerzierte, haben die deutschnationalen Minister die Tarnkappe aufgesetzt. Aber eine Außenpolitik, die vorgibt, eine Außenpolitik der Befreiung zu sein, ist doch bei Förderung solcher Abenteuer etwas ganz Unmögliches. Ich will keine Pariser Chauvinistenblätter zitieren; wir haben in Berlin solche auch. Aber es ist doch schon bedenklicher, wenn jetzt die Zusammenkunft des französischen Präsidenten und des englischen Königs gezeigt hat, wie dieser Stahlhelmtag sich auswirkt. Ein Mann wie Lord Derby, der immer für die englisch-französische Verständigung gearbeitet hat, hat am 7. Mai bei dem Essen der französischen Handelskammer in London ausdrücklich unter Hinweis auf den Berliner Stahlhelmtag gesagt: dieser Stahlhelmtag beweise, daß die Frage des Krieges noch nicht der Vergangenheit angehöre; er hat gerade deswegen eine stärkere Bindung Englands an Frankreich verlangt. Ich glaube, gerade Deutschland hat das größte Interesse daran, die internationale Abrüstung zu fördern, nachdem uns eine einseitige Abrüstung auferlegt ist. Alle solche Soldatenspielereien geben den Feinden der Abrüstung doch nur den willkommenen Vorwand, die Abrüstung zu verschleppen. Wir haben erlebt, daß bisher im Völkerbund nur ganz unfruchtbares Gerede über die Abrüstung geführt worden ist, und jegliche Taten zu vermissen sind.

Es scheint Regierungen zu geben, die aus dem Weltkrieg und seinen Folgen nichts lernen wollen. Dabei haben doch eigentlich nur die Staaten Amerikas von diesem Weltkrieg Vorteil gehabt. Europa ist, abgesehen von seinen eigenen Verlusten, sonst in der ganzen Welt ins Hintertreffen gekommen. Wir erleben das Erwachen der asiatischen Völker, das durch den Weltkrieg aufs stärkste gefördert worden ist. Die chinesische Revolution hat unsere Sympathie. Wir wissen, daß sie eine demokratisch-nationale Revolution ist; aber wir sehen in ihr schon die Unterströmungen proletarischen Charakters, die wir ähnlich 1789 bis 1792 in Frankreich und 1848 während der bürgerlichen Revolution auch in Deutschland erlebt haben. Der Siegeszug der chinesischen Arbeiterbewegung wird ebenso sicher dem Siegeszug des chinesischen Kapitals folgen, wie wir das in Europa in den letzten Jahrzehnten gesehen haben.

Aber der deutsche Besitzbürgerblock ist ja nicht aus außenpolitischen Gründen geboren. Die Außenpolitik nahm er sozusagen als schlimmes Inventar mit in den Kauf. Wir sehen, daß dieselben Nationalisten, die immer behauptet haben, daß wir keine Erfüllungs-, sondern nur Befreiungspolitik treiben dürften, heute restlos den Dawesplan erfüllen, aber keine Befreiungspolitik treiben. Die Rheinländer können auf die Befreiung warten, wenn der Bürgerblock die Außenpolitik weiterführt, die er in seinem ersten Quartal eingeleitet hat.

Wenn ich nach dem Osten Europas sehe, so finde ich, daß im Verhältnis zu Polen neuer Konfliktsstoff angehäuft wird, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden soll. Heute sind schon viele gute Europäer wegen der Entwicklung, die sich dort zeigt, beunruhigt. Die deutsche Außenpolitik im Osten schlägt den deutschen Arbeiter als Produzenten und als Konsumenten. Der Kampf, der gegen polnische Schweine und Kartoffeln geführt wird, rächt sich an dem deutschen Arbeiter nicht nur in seiner Eigenschaft als Verbraucher, sondern auch vor allem als Hersteller von Exportwaren.

Aber das paßt zu der übrigen Innenpolitik des Besitzbürgerblocks, der die Sozialpolitik verkümmern will, der die sozialpolitischen Errungenschaften aus der Zeit der Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten abbauen will, der die Besitzsteuern herabsetzen und die Minderbemittelten belasten will, der für die kleinen Sparer nicht einmal die Härten beseitigen will, die die Aufwertungsgesetzgebung einer anderen Rechtsregierung von früher mit sich gebracht hat. Wahrlich, das Maß dieser Regierung wird voll werden, bis der Tag der Abrechnung kommt. Diese Regierung will zusammenbleiben, bis die vier Jahre der normalen Gesetzgebungsperiode abgelaufen sind. Sie will vor allem bleiben, bis sie ihr Schulgesetz gemacht hat. Das wird nicht so einfach sein; aber es wird schließlich doch kommen; denn die Deutsche Volkspartei, die Erbin der alten Nationalliberalen Partei, wird sich schon zu irgendeinem faulen Kompromiß bereitfinden. Getreidezölle und Zehnstundentag sind höhere Ideale als der Glaube an Jesum Christum und alle evangelische Freiheit. (Sehr wahr!) In dem Kampf gegen die Konfessionalisierung der Schule werden wir alle freiheitlichen Geister um uns scharen; aber wir werden den Kampf für die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schulwesens unter staatlicher Hoheit nicht als einen Kulturkampf Marke Bismarck führen. Wir sind keine Feinde der Religion, wir sind es zu keiner Zeit gewesen. Wir haben uns nur stets in der Vergangenheit gegen den Mißbrauch der Relegion zu politischen Zwecken gewehrt. Nur so können wir die Massen der christlichen Arbeiter gewinnen, die ihrer Klassenlage nach längst zu uns gehören, die auch einsehen, daß der immer mächtiger werdende nationale und internationale Kapitalismus ihnen den Weg zu größerem Glück versperrt. Also Kulturkampfpolitik zur Freude des Bürgerblocks werden wir gewiß nicht treiben. Diesen Gefallen werden wir den Deutschnationalen nicht tun.

Die Deutschnationalen haben die Parole ausgegeben: Ran an den Staat! Als Gegenzug geben wir die Parole aus: H e r a n a n d a s V o l k! Wir leben heute in einem Volksstaat, aber ich glaube, der Volksstaat ist in vielem noch nicht lebendig geworden, weil die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch nicht eingesehen haben, was sie aus eigener Macht aus diesem Volksstaat machen können. Heute hat keine politische Partei Bedeutung ohne Massen. Das bringt unser demokratisches Wahlrecht so mit sich. Deshalb buhlen auch die Reaktionäre durch ihre feile Presse um die Gunst der Massen, auf denen vielfach noch das Schwergewicht der Tradition lastet. 60 Prozent der Stahlhelmer sollen angeblich Arbeiter und Angestellte sein. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, aber wir müssen zugeben, daß leider nicht alle in diese Organisation hineingepreßt sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Massen der uns fernstehenden Arbeiter und Angestellten heute nicht bei der Partei links von uns stehen, sondern zum größten Teil leider noch bei den bürgerlichen Parteien ihr politisches Dasein fristen, wobei wir nicht vergessen wollen, daß die Methoden der Kommunisten, besonders ihr phrasenhafter Scheinradikalismus, es vielfach den Bürgerlichen leicht macht, Arbeiter und Angestellte von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Wobei wir aber ferner nicht vergessen dürfen, daß die schlechte Behandlung, die die demokratische Republik vielfach von den feindlichen Ententestaaten in den letzten Jahren erfahren hat, dazu beitrug, daß heute noch Massen in den schwarz-weiß-roten Traditionskompagnien des Kapitalismus sind, die ihrer elenden wirtschaftlichen Lage nach in Wirklichkeit zu uns gehören.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir den Bürgerblock überwinden wollen, wir jede Brücke betreten müssen, die uns zu den Arbeitern und Angestellten führt, die noch zu der Fahne der anderen Parteien schwören. (Sehr

wahr!) Die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen haben keine Neigung, in einer reaktionären Masse aufzugehen. Sie ehren mit uns das Andenken Erzbergers und Rathenaus, zweier bürgerlichen Blutzeugen der deutschen Republik.

Die Bildung des Besitzbürgerblocks war im Grunde nichts anderes als die Proklamation des Klassenkampfes von oben. Unsere Gegenarbeit muß es erreichen, daß sich die Massen der Arbeiter und Angestellten unter der Fahne des demokratischen Sozialismus finden. Wir werden den Klassenkampf um so besser führen, je mehr und je eher die Arbeitermassen, die uns noch ferne stehen, zu uns stoßen. Die Kapitalisten kennen keine konfessionelle Zersplitterung und suchen in politischen Differenzen den Ausgleich. Die bisherige Tätigkeit des Bürgerblocks hat gezeigt, wie sehr unter den Bürgerlichen ein solcher Ausgleich zu erreichen ist.

Wir werden uns auf diesem Parteitag mit der Frage zu befassen haben, ob es möglich gewesen wäre, die Bildung der Regierung des Bürgerblocks zu verhindern. Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Debatten hierüber vorzugreifen. Wir haben das Material dazu in unserem Jahrbuch einleuchtend dargelegt. Für heute sei nur festgestellt, daß diese Bürgerblockregierung schließlich nicht nur zustande kam, weil die Deutschnationalen sich um jeden Preis zur Mitarbeit in der Regierung anboten, sondern weil Kommunisten, Deutsche Volkspartei und Zentrum gemeinsam die Schuld an dem Zustandekommen dieser Regierung tragen. Die Kommunisten, weil sie jede Regierung zu stürzen bereit sind, auch eine nach links hin erweiterte Regierung, die von Sozialdemokraten geführt ist; etwa im Sinne der Weimarer Koalition, und dies, trotzdem heute nicht einmal mehr die Roten Frontkämpfer an das Nahen der Weltrevolution glauben. Vor allem ist aber für die Bildung dieser volksfeindlichen Regierung die Deutsche Volkspartei verantwortlich, die fürchtete, bei den nächsten Wahlen aufgerieben zu werden, wenn sie nicht gleichzeitig bei einer mitbelasteten deutschnationalen Partei vor die Wähler treten könnte. Aber dies Manöver wird ihr nichts nützen. Die Reste der Deutschen Volkspartei werden sich nach den nächsten Wahlen zu überlegen haben, ob sie sich mit den Deutschnationalen oder den Demokraten fusionieren wollen.

Endlich aber ist dieser Bürgerblock gebildet worden, weil das Zentrum dem Drängen der übrigen bürgerlichen Parteien und des Reichspräsidenten von Hindenburg nachgab. Das Zentrum behauptete zuerst, die Regierung der großen Koalition zu wollen. Es hatte im Grunde genommen kein Interesse daran, daß wir Sozialdemokraten leichter den Weg fanden zu jenen christlichen Arbeitern, deren Forderungen wir uns zu eigen gemacht haben in unserer sozialpolitischen Tätigkeit. Aber nachdem sich durch die Haltung der Volkspartei, die sich nur nach rechts und nicht nach links binden wollte, eine solche Regierung nicht ermöglichen ließ, hat das Zentrum den Weg nach rechts beschritten. Es behauptete, daß Deutschland aus den Regierungskrisen herauskommen müsse, daß sonst der Faschismus Zuzug bekäme in seinem Kampf gegen das seit der Revolution gewonnene parlamentarische System.

Wir als Sozialdemokraten — das wird wichtig für die kommenden Wahlen sein — dürfen feststellen, daß wir bereit gewesen sind, die Mitverantwortung in der Regierung zu tragen. Wir wußten, wie der Bürgerblock sich gegen die Interessen des Proletariats, insbesondere auch gegen seine kulturellen Forderungen auswirken mußte. Im Volksstaat hat jede Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht, zunächst grundsätzlich die Pflicht zur Mitarbeit, wenn auch die parlamentarische Konstellation nicht in jedem Einzelfalle diese Mitarbeit erlaubt.

Wir fordern auf allen unsern Tagungen die Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Demokratisierung kann durch Resolutionen von draußen vorbereitet werden, aber erreicht werden kann sie nur durch Mitarbeit. Deshalb hat die deutsche Sozialdemokratie immer den größten Wert darauf gelegt, daß die preußische Sozialdemokratie mitarbeitet an der Demokratisierung des größten deutschen Staates. Wir erleben, daß gerade um Preußen die Deutschnationalen den schärfsten Kampf führen. Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reich war nur das Vorspiel. Das Ziel ist für die Deutschnationalen die Eroberung Preußens. (Sehr wahr!) Das sollte uns zu denken geben. Ich glaube, daß in Preußen niemand in der Partei bereit ist, freiwillig die Positionen zu räumen, die bisher behauptet worden sind. Im Reich hat man uns von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir deswegen gegen die Reichsregierung in schärfster Kampfstellung stehen. Wir haben in diesem Jahr mit einer scharfen, begründeten Erklärung zum erstenmal seit der Revolution im Reich den Etat verweigert. Unsere Opposition richtete sich aber nicht gegen den Staat, sondern gegen die Regierung und die Parteien, die das Wesen des demokratischen Volksstaates durch ihre Politik verfälschen wollen. Haben denn die Deutschnationalen, als sie in die Regierung der Republik eintraten, ihre monarchistischen Ziele aufgegeben, um der höheren Zölle willen? Nein, sie haben ihre Ziele nur zurückgestellt.

Ich gehöre auch zu denen, die zurzeit die Republik in Deutschland nicht für gefährdet halten. Aber, Parteigenossen, wer weiß, ob der deutschen Republik bei ihrer ganz anderen Tradition Kämpfe und Erschütterungen erspart bleiben, wie sie die dritte französische Republik zur Zeit der Boulanger- und Dreyfußkrise noch im vergangenen Jahrhundert erlebt hat! Wer ist sicher, daß wir nicht um außenpolitischer Ziele willen und in gefahrvollen Situationen gezwungen sind, wieder einzugreifen, wie wir das in den letzten Jahren so oft gemußt haben? Ich gehöre nicht zu den Optimisten, die glauben, daß die Zeit der Erschütterungen in Deutschland ein für allemal vorbei sei, und daß sich unsere Politik von nun ab in einer klaren Linie eindeutig entwickeln wird. Ich fürchte, es wird uns in den nächsten Jahren nicht so bequem gemacht werden. Ich fürchte, daß wir noch oft aus außenpolitischen Gründen gezwungen sein werden, die Gegensätze auszunutzen, die sich aus regionalen und anderen Gründen bei der Entscheidung außenpolitischer Fragen unter den bürgerlichen Parteien zeigen. Das Interesse der Arbeiterklasse wird uns dazu zwingen, das eine elastische Politik von uns verlangt, und zwar auf jedem Gebiet.

Wir erleben national und international einen Zusammenschluß des Kapitalismus von einer Intensität, wie er früher nur in Amerika zu verzeichnen war. Wenn wir den Uebergang dieser Trustwirtschaft zum Sozialismus beschleunigen wollen, müssen wir sehen, daß wir national und international, gewerkschaftlich und politisch überall Einfluß im Interesse der Arbeiterklasse erhalten. Auch die Ergebnislosigkeit der ersten Genfer Weltwirtschaftskonferenz wird uns nicht davon abhalten, so zu verfahren. Es ist unsere sozialistische Pflicht, in die Wirtschaft einzudringen. Wir sind Demokraten und Sozialisten, das sagt unser Name schon. Nach der deutschen Revolution hat es Republikaner gegeben wie Hugo Preuß, die sich einbildeten, daß die Sozialdemokratische Partei um der Republik willen in einer großen republikanischen Partei aufgehen könne. Sie haben sich darüber gewundert, daß wir diesen Gedanken in unserer Partei nicht einmal diskutierten. In der härtesten Arbeit für die Aufrichtung des demokratischen Staates haben wir niemals ein Moratorium für den Sozialismus genommen, obwohl wir uns

klar darüber waren, daß nach dem durch den Krieg erfolgten Zusammenbruch in Deutschland, das eingekeilt war zwischen kapitalistisch orientierten Siegermächten, natürlich keine sozialistischen Experimente gemacht werden konnten, die schließlich der Idee des Sozialismus hätten schaden müssen. Inzwischen ist es mit fremder Hilfe gelungen, den deutschen Wiederaufbau der Wirtschaft zu erzielen. Die technische Entwicklung, die keinen Augenblick still steht, kam dem zu Hilfe.

Aber wenn alles das zugunsten der lebendigen Menschen, die im Produktionsprozeß stehen, ausgenutzt werden soll, ist es vor allen Dingen notwendig, daß diese Menschenmassen begreifen, was ihre geschichtliche Mission ist, und daß sie in ihren Kämpfen um Einfluß in Staat und Wirtschaft sich bewußt sind, daß der Kapitalismus einen großen Vorsprung vor ihnen hat in der Ausnutzung alles Neuen, wenn die Arbeiter und Angestellten nicht einig sind.

Heute vor 52 Jahren, am 22. Mai 1875, ist unter dem Vorsitz unseres Genossen Bock in Gotha der Einigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie eröffnet worden, und er hat wie dieser Kongreß bis zum 27. Mai getagt. Damals haben sich Lassalleaner und Eisenacher geeinigt gegen Tessendorf, den Vorläufer der Bürgerblockjustiz. Auch damals hat es nach Einigung taktische Differenzen gegeben, die auf den Kongressen in den nächsten Jahren ausgetragen und ausgeglichen worden sind. Aber wer einmal den Differenzen auf den Grund geht, die in der Arbeiterklasse vorhanden gewesen sind, der findet, daß es im Grunde genommen eigentlich dieselben gewesen sind wie heute. Die Frage, ob wir mehr demokratische oder mehr sozialistische Pflichten zu erfüllen haben, halte ich für müßig. Formale und soziale Demokratie sind keine Gegensätze. Hier gilt das verbindende „und" und nicht das trennende „entweder oder".

Vor 55 Jahren hat im Leipziger Hochverratsprozeß Wilhelm Liebknecht dem Staatsanwalt bei den Schlußbemerkungen auf die Anklage des Hochverrats die Worte entgegengeschleudert: „Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie, einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Ziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses doppelte Ziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist." Sind das nicht Worte, die ebensogut heute für uns geprägt sein können? Wenn wir den Worten Wilhelm Liebknechts, der sich selbst als Soldat der Revolution bezeichnet hat, folgen, so werden wir den Kampf, den zu führen unsere geschichtliche Aufgabe ist, durchkämpfen für eine aktive Demokratie und für einen lebendigen Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen, im Auftrage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie eröffne ich den Kieler Parteitag.

Zu Vorsitzenden des Parteitages werden Otto Eggerstedt, Kiel, und Otto Wels, Berlin, gewählt.

Vors. **Wels:** Parteigenossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Kollegen Eggerstedt für die Ehre und das Vertrauen, das Sie mit der Wahl zu Vorsitzenden in uns gesetzt haben. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen des Parteitages streng objektiv zu führen, und glauben so, mit Ihrer Hilfe der Partei Dienste zu erweisen.

Zu Schriftführern werden gewählt: Winzer, Breslau; Arning, Marie, Magdeburg; Steinbrecher, Brandenburg; Lutz, Worms;

Saupe, Wurzen; Wimmer, München; Bartelt, Wilhelmsburg; Mäder, Altenburg; Lehnemann, Bergkamen.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission werden gewählt: Vogel, Nürnberg; Grotewohl, Braunschweig; Setzer, Ludwigshafen; Steinmayer, Stuttgart; Harnisch, Berlin; Reitze, Joh., Hamburg; Hauschild, Elberfeld; Thümmel, Elise, Dresden; Knothe, Wetzlar.

Vors. **Wels:** Ehe ich zur Feststellung der Tagesordnung übergehe, glaube ich, einer Pflicht genügen zu müssen, die sich als unabweisbar aufdrängte, als der Name Carl Legien in der Versammlung genannt wurde. Eine große Reihe von Parteigenossen, die unter uns weilten, in Kampf, in Not und Gefahr die Partei begleiteten lange Jahrzehnte, sind nicht mehr unter uns. Leider kann ich nicht all der Tapferen mit Namen gedenken. Ich nenne als einen der ersten unsern Genossen Richard Fischer, der einer der Pioniere und Wegbereiter der deutschen Sozialdemokratie gewesen ist, der unter dem Ausnahmegesetz furchtlos den Kampf gegen die Gewaltigen der damaligen Zeit aufnahm, und nach Fall des Verbots 1890 in den Parteivorstand gewählt wurde, aber bald die geistige Waffenschmiede, die Buchhandlung der Partei, zu übernehmen berufen war. Er hat das Zeitliche gesegnet, und wir danken ihm, dem Freund und Waffengefährten. Ich nenne weiter Robert Dißmann, einer von denen, die mit Leidenschaft und Temperament an der Spitze der Gewerkschaft wie in der politischen Arena ihren Mann standen, die für ihre Ueberzeugung fochten. Einer der unermüdlichsten und rüstigsten Kämpfer hat seine Augen geschlossen, als er werbend von Amerika den Ozean auf dem Dampfer durchfurchte. In Amerika hatte er für den Eintritt der amerikanischen Metallarbeiter in den Internationalen Metallarbeiterverband gekämpft. Weiter Fritz Zubeil, dessen Andenken von uns immer in Ehren gehalten wird, einer der tapferen Kämpfer der Partei. Wen berührt nicht, wenn man an die Tragik des Todes denkt, das Ableben von Ernst Mehlich, der aus einer Beratung, wie er am besten die großen Streitigkeiten in seinem Industriebezirk schlichten könne, kam, der dann bei dem Eisenbahnattentat von Leiferde den Tod erleiden mußte und eine Schar unerwachsener Kinder zurückließ. Julius Bruns ist nach langem Siechtum von uns gegangen, der besten einer, der als Journalist Jahrzehnte hindurch für die Partei mit voller Hingabe gewirkt hat. Albert Cohn, dessen Name allen als Sozialpolitiker bekannt ist, der Schöpfer der Wohnungsenquête, einer von denen, die bahnbrechend mitgearbeitet haben für die Beseitigung des sozialen Elends, das die notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist. Franz Laufkötter — ist einer unter Euch, der seinen Namen nicht kennt? Er war der geborene Popularisator des Marxismus. Niemand konnte die Schwierigkeiten der nationalökonomischen Lehren, die Karl Marx uns gegeben hat, so leicht im Vortrag überwinden. Sein Wirken wird unverlöschbar bleiben. Adolf Hepner! Eben hat Hermann Müller des Leipziger Hochverratsprozesses gedacht, wo Hepner sich mit Bebel und Liebknecht zu verantworten hatte.

Groß ist die Zahl führender Genossen, die von uns gegangen sind. Um nur einige zu nennen: Dr. Hermann Weyl, Berlin; Wilhelm Bromme; Wilh. Lieser; Pierenkämper, Dortmund und Robert Straube in Chemnitz. Wir singen heute noch das Lied: „Sozialisten, schließt die Reihen!" Vor kurzem ist in Hamburg, 72 Jahre alt, Karl Gramm gestorben, der Komponist des Sozialistenmarsches. Tief aber hat mich die Nachricht erschüttert, die ich beim Betreten des Saales erhielt, daß unser Genosse Bruno Körner, der

Führer unserer Partei in der Pfalz, der Weggenosse Franz Josef Ehrhards, des Pfalzgrafen, der bei den politischen Kämpfen auch auf diesem Parteitage eine Rolle spielen sollte, in der Nacht die Augen für immer geschlossen hat. Vor wenigen Wochen noch hatte ich Gelegenheit, als Vertreter des Parteivorstandes unter seinem Vorsitz an dem Parteitag der pfälzischen Genossen teilzunehmen. Die Liebe, die dem Alten entgegenschwoll, leuchtete aus aller Augen und Herzen. Wir trauern mit den Genossen der Pfalz.

Auch in der Internationale hielt der Tod reiche Ernte. Am Anfang der Bewegung der Ersten Internationale stand Belfort Bax neben Marx und Engels arbeitend in jener Zeit, wo nur wenige sich zum Sozialismus bekannten. Eugen Debs, Lehrer und Führer des amerikanischen Sozialismus, der, für seine Antikriegspropaganda mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft, die Begnadigung ablehnte, hat die Augen geschlossen und ist von der Arbeiterschaft seines Landes gegangen. Ich erinnere an Hermann Greulich, an Pablo Iglesias, den Patriarchen der schweizerischen und der spanischen Sozialdemokratie, die zu den Idealgestalten der Internationale gehörten. Aus Paris kam die Nachricht, daß Tscheidse, jener geistige Führer und Vorkämpfer des russischen und georgischen Proletariats, der wie kaum einer in der Duma die Interessen des Sozialismus gegen den Zarismus vertreten und für die Interessen der Arbeiterschaft gekämpft, seinem Leben ein Ende gemacht hat, weil er die Drangsal, die das Exiliertentum ihm auferlegt, nicht tragen konnte. Die Nachricht rief Trauer in unseren Herzen hervor. Naine, unser Schweizer Genosse, und Rouanet, Paris, haben ein unvergängliches Andenken verdient. Aber nahe geht uns Deutschen vor allen Dingen die Nachricht, daß Hillebrand aus Karlsbad, eine der idealsten Gestalten, die die deutsche Sozialdemokratie kennt, ein Mann, krank am Körper, und doch beseelt von jenem Fanatismus und jener Liebe, die aus heißem Herzen brennt, seine beredte Stimme für die Unterdrückten nicht mehr erheben kann. Anton Nemec, der geistige Führer des tschechischen Proletariats, ist von uns gegangen.

Aus allen diesen Namen, international und national, klingt gleich mächtigen Akkorden das Hohelied der Menschheitsbefreiung, klingt ein Hymnus auf die Ideenwelt des Sozialismus. Darum sei ihnen allen aus tiefstem Herzen der Dank der kämpfenden Arbeiterschaft dargebracht. Sie alle haben sich zu Ehren jener Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen und stelle das fest.

Parteigenossen, wir haben in diesem Jahre die Freude, eine große Anzahl von Delegierten unserer Bruderparteien, mit uns vereint in der Internationale, zu begrüßen. Ich begrüße zunächst den Genossen Bracke, den Vertreter der französischen Sozialdemokratischen Partei, der hergekommen ist, um dem Gedanken der deutsch-französischen Verständigung, wie er im Sozialismus lebt, Ausdruck zu geben. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße den Genossen Stauning, den Führer unserer dänischen Bruderpartei, der bei der Führung des Ministerpräsidentenpostens der Partei dort drüben neues Ansehen erwarb, den Genossen Möller aus Schweden, der ebenfalls als Minister für die Partei gearbeitet hat. Er ist erschienen, um uns die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie zu überbringen, der organisatorisch am stärksten vorwärts entwickelten Schicht des Landes. Genosse Modigliani, unser italienischer Genosse, der, wie so viele Zehntausende italienischer Freiheitskämpfer, aus dem Lande Mussolinis fliehen mußte, ist aus Paris hierher gekommen, um uns die Grüße des kämpfenden italienischen Proletariats zu überbringen, das wie kaum ein anderes die Bitternis des Exiliertentums fühlt. Wenn er den machtvollen Aufmarsch der deutschen Sozialdemokratie in Kiel in diesen Tagen sah, wird er das Gefühl haben: ach, wäre es in meinem Heimatlande so, wo unter der

Führung eines früheren Sozialisten alles Recht der arbeitenden Klasse, jedes Menschentum brutal mit Füßen getreten wurde. Genossin Kalnin aus Lettland bringt uns die Grüße ihrer Landsleute. Aus Warschau ist Genosse Czapinski entsandt worden. Aus der Tschechoslowakei begrüßen wir als Vertreter unserer Genossen den Genossen Tomaschek, den früheren Präsidenten der Tschechischen Nationalversammlung. Wir begrüßen weiter den Genossen Nießner als Vertreter unserer deutschen Genossen in der Tschechoslowakei. Wir begrüßen den Genossen Abramowitsch als Vertreter der russischen Sozialdemokratie, und vor allen Dingen unsere österreichischen Genossen, die nach glänzendem Wahlkampf aus Oesterreich hierher gekommen sind, unsere Genossen Renner und Eisler. Auch unsere saarländischen Freunde haben einen Vertreter entsandt, um damit zu dokumentieren, daß, wenn sie auch unter der Herrschaft des Völkerbundes stehen, die saarländische Bevölkerung sich doch eins betrachtet mit dem deutschen Volk, zu dem es zurückkehren wird, und wenn die Abstimmung erst nach den vorgesehenen 15 Jahren stattfinden sollte.

Ich heiße im Namen der Anwesenden Euch, internationale Freunde, herzlich willkommen, reiche Euch die Hände und hoffe, daß Ihr Euch in unsern Reihen wohlfühlt.

Ehe ich dazu übergehe, unseren Genossen Gelegenheit zu geben, auf meine Worte zu antworten, glaube ich im Interesse der Geschäftsführung und des Fortschreitens unserer Verhandlungen zu handeln, wenn ich die geschäftlichen Arbeiten, die wir zu erledigen haben, jetzt gleich abwickle.

Als Geschäftsordnung für unsere Verhandlungen schlage ich vor, die Ihnen gedruckt vorliegende Geschäftsordnung zugrunde zu legen. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Die Anträge 1, 2 und 3 schlagen eine Aenderung der Tagesordnung vor. Der Parteiausschuß ist zu der Auffassung gekommen, dem Parteitag zu empfehlen, die Anträge abzulehnen und die Tagesordnung so zu lassen, wie sie vorgeschlagen ist. Ich stelle die Unterstützungsfrage? Die Unterstützung reicht nicht aus!

Damit sind die Anträge 1 bis 3 abgelehnt, und die Tagesordnung steht fest.

Bracke, Paris: Genossinnen und Genossen, im Namen der französischen Sozialistischen Partei, im Namen der organisierten französischen Proletarier, im Namen — so habe ich das Recht, zu sagen — des wirklich arbeitenden Frankreichs begrüße ich herzlich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, indem ich die lebhaftesten Wünsche für den Erfolg der Arbeiten dieses Parteitags ausspreche. Dreimal, allerdings im Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert, habe ich die Ehre gehabt, solche Grüße in Ihrem Lande aussprechen zu können. Mit was für verschiedenen Erlebnissen ist nicht die Erinnerung verbunden! In Lübeck 1901 vertrat ich nur eine der sozialistischen Parteien, die um die Seele der französischen Proletarier miteinander stritten, nämlich die französische Arbeiterpartei, die sogenannten Cedisten. 10 Jahre später, in Jena, war ich als Vertreter der geeinigten Partei auf dem Deutschen Parteitag. Leider übte schon wieder 10 Jahre später der Bolschewismus seine verderbliche Wirkung aus. In Tours fand die Spaltung der proletarischen Bewegung statt, und unsere Partei sah ihre Mitgliederzahl unter 30 000 Mann sinken.

Wenn ich zum dritten Male das Wort vor Ihnen nehme, bin ich glücklich, sagen zu können, daß wir die Kraft wiedergewonnen haben. (Bravo!) Wir marschieren vorwärts! (Bravo und Händeklatschen.) Unsere Mitgliedschaft

ist über 100 000 gestiegen. 97 von uns sitzen in der Deputiertenkammer. Anfang dieses Jahres haben wir die Zahl unserer Vertreter im Senat von 6 auf 14 erhöht, also mehr als verdoppelt. (Bravo!) Weit mehr als verdoppelt hat sich die Zahl unserer Stadtverordneten, nämlich von 4699 auf 10 167. (Bravo!) In fast allen großen Städten, wie Lyon, Marseille, Toulouse, Lille, Roubaix, Brest, Limoges, Nîmes, Grenoble, ist das Stadthaus gänzlich oder in Mehrheit von unsern Genossen besetzt. (Bravo! und Händklatschen.) 532 Bürgermeister führen unter dem Banner der Sozialistischen Partei die Verwaltung kleiner oder bedeutender Ortschaften. Daß wir unseren ganzen politischen Einfluß in den Dienst der Sache des Friedens setzen, brauche ich Ihnen kaum zu sagen. Sie wissen, wie zäh wir für die Räumung des Ruhrgebiets erfolgreich kämpfen. (Bravo! und Händeklatschen.) Es wird jetzt von einer weiteren Räumung geredet. Wir erklären ebenso offen wie vor unserer Regierung, daß es uns eine Unmöglichkeit erscheint, daß, nachdem Deutschland seinen Platz im Völkerbund eingenommen hat, große Teile seines Gebiets von fremden Truppen besetzt sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Nichts wird uns daran hindern, baldigste Räumung des Rheinlandes energisch zu fordern. (Bravo!) Die letzten Reste der militärischen Gewalt müssen beseitigt werden. (Bravo!) Wir kennen die Unterstützung, die wir darin bei der deutschen Arbeiterschaft finden, wenn wir sehen, mit welcher Tapferkeit sie die deutsche Republik, die sie heroisch geschaffen, zu bewahren und zu entwickeln bereit ist.

In dieser Stadt Kiel muß man unwillkürlich an einen Wendepunkt der deutschen Weltpolitik denken. Wie sollte sich der Gedanke nicht auch auf das Blut richten, das wieder einmal aus den Adern unserer beiden Völker geflossen ist. Aber, Genossen, kein blutiger Fluß ist so tief und so breit, daß das gemeinsame Klassenbewußtsein ihn nicht überbrückt, daß die Arbeiter von Frankreich und Deutschland mehr denn je in diesem Augenblick, wo Europa im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialistischen Reaktion steht, wie unter den brutalsten und maskiertesten Formen gegen die proletarischen Organisationen, auch gegen die demokratische Freiheit stürmt, wenn in der ganzen Welt Konflikte und Gefahren keimen —, daß wir, die Arbeiter von Frankreich und Deutschland, die Verständigung beider Völker für die allgemeine Verständigung aller Völker vorbereiten. (Bravo!)

Genossen! Hier die Hand! Wir wollen mit Ihnen eins sein und bleiben! (Bravo! und Händeklatschen.) Wir wollen in Liebe und Treue Schulter an Schulter für das gemeinsame Ziel des Weltfriedens und der Emanzipation des internationalen Proletariats zusammenarbeiten.

Glück auf! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale! (Bravo! und Händeklatschen.)

Gustav Möller, Schweden: Genossen und Genossinnen! Ich bringe Ihnen die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie und spreche Ihnen unsern Dank für die Einladung zu diesem Kongreß aus.

Die Sozialdemokratie nimmt in Schweden eine sehr starke Stellung ein. Von 230 Abgeordneten der Zweiten Kammer gehören 105 unserer Partei an. (Bravo!) Wir haben den Eindruck, daß der Weg zur Mehrheit im schwedischen Parlament nicht mehr so lang sein mag. Aber es ist immer schwerer, die letzten Mandate zu erobern als die früheren. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Wir wollen uns also keinen übereilten Hoffnungen hingeben. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß wir sehr bald die Majorität haben. Jedenfalls versprechen wir, alles aufzubieten, um die bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen ganz zu schlagen. (Bravo!)

Die politische Situation in Schweden hat seit einem Jahre eine Veränderung dadurch erfahren, daß anstatt der früheren Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der sogenannten bürgerlichen Linken ein Bruch eingetreten ist, der, wie es scheint, jetzt nicht mehr zu reparieren ist. Das hängt vor allen Dingen mit der starken politischen Stellung der schwedischen Partei zusammen. So fürchten die Bürgerlichen, daß unsere Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, und deswegen wird allmählich eine vollständige bürgerliche Sammlung, gerade wie in Oesterreich, in Schweden zustande kommen.. Das wird auf die sozialistische Arbeit hindernd wirken, wir haben aber mit dieser Entwicklung immer gerechnet und hoffen, daß es uns gelingen wird, trotz dieser bürgerlichen Verschwörung einen glänzenden Wahlsieg herbeizuführen.

Ich schließe wie der Genosse Bracke aus Frankreich, indem ich darauf hinweise, daß in der internationalen Sozialdemokratie in diesen Zeiten die Sorge für den Weltfrieden vorherrscht. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß, obwohl es ganz sicher in bürgerlichen Kreisen Friedensfreunde gibt, die bürgerlichen Politiker doch im allgemeinen nicht aufrichtig für die internationale Verständigung arbeiten. Deshalb müssen alle Hoffnungen der Völker der Sozialdemokratie gelten. Die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes hat uns gezeigt, daß, wenn nicht die Sozialdemokratie in jedem Lande erstarkt, es doch noch einmal zu einem Kriege kommen kann, was zu verhindern die Aufgabe wäre. Ich hoffe, daß die Beschlüsse dieses Kongresses die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer immer größeren Macht fördern werden, und in dieser Hoffnung bringe ich Ihnen jetzt meinen Glückwunsch zu diesem Parteitag. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau **Kalnin,** Lettland: Genossinnen und Genossen! Ich bin nach Kiel geeilt, um der deutschen Partei die Grüße der lettländischen Bruderpartei zu übermitteln. Wir kommen nicht zum ersten Male nach Deutschland. Zur deutschen Partei bestanden stets warme Beziehungen. Der Anfang unserer Beziehungen stammt aus der Zeit, als die lettischen Flüchtlinge aus dem Zarenreich in Deutschland Zuflucht gesucht und gefunden haben. Wir waren aber auch in Nürnberg zugegen, als an diesem historischen Tage die deutsche Partei geeint wurde. Als eine erfreuliche Erscheinung ist die Freundschaft zwischen dem Reichsbanner und dem lettischen Schutzbund zu konstatieren. Der gemeinsame Kampf gegen die Faschisten hat diese beiden Organisationen zur internationalen Verbrüderung gebracht. Ich spreche den Wunsch aus, daß die deutsche Partei diesem Vorbild folgen und ihre Vertreter zu den nächsten lettischen Kongressen schicken sollte.

Die lettländische sozialdemokratische Partei ist als eine der wenigen Parteien jetzt in die Koalitionsregierung eingetreten. Sie ist nicht sehr koalitionslustig gewesen, doch haben diesmal besondere Gründe die Partei dazu gezwungen. Der Eintritt in die Koalition geschah an jenem 17. Dezember, als der Putsch in Litauen losgebrochen war. Wäre das nicht geschehen, ich weiß nicht, ob die Koalition bei einer Weigerung der Partei zustande gekommen wäre. Wir hätten dann eine nationalistisch-faschistische Regierung, die gern in Lettland eine Monarchie ohne Monarchen hätte errichten wollen. Dem ist ein Riegel vorgeschoben. Nach fünf Monaten Koalitionsregierung ist die faschistische Gefahr abgeflaut. Aber auch ohne die Koalition hätte das, was in Litauen geschehen ist, in Lettland nie geschehen können. Die lettländische Arbeiterschaft und alle lettländischen demokratischen Elemente wären stets dagegen gewesen und hätten ihren Willen gegen jede faschistische Gefahr durchgesetzt. Jetzt haben die organisierte Arbeiterschaft und unsere Arbeitersportbündler die Regierung stark unterstützt.

Die Koalitionsregierung hatte jedoch noch andere Zwecke. Sie sollte die Arbeitergesetzgebung vor dem Anprall der reaktionären Bürgerschaft schützen und eine neue soziale Gesetzgebung schaffen. Das ist bis zu einem gewissen Grade durchgeführt worden. Es ist unlängst im Parlament ein Gesetz angenommen worden, daß das Arbeiterversicherungsgesetz gegen Unfall und gewerbliche Krankheit in sich birgt, was nie bei einer bürgerlichen Regierung geschehen wäre.

Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß eine Koalitionsregierung alles das bewirken könnte, was sie wünscht, wenn sie auch, wie bei uns in Lettland, in der Mehrheit ist. Wir haben wohl eine Mehrheit in der Regierung, doch keine Mehrheit im Parlament. Die 37 Prozent sozialistische Elemente, die wir im Parlament haben, müssen in der Regierung mit den übrigen 13 Stimmen der bürgerlichen Parteien zählen. Deshalb ist vieles, was von der Koalition erwartet worden ist und die Partei gewünscht hätte, nicht zustande gekommen. Diese Gefahr birgt jede Koalition in sich. Das muß jede Partei in Betracht ziehen, wenn sie vor der Frage der Koalition steht. Diese Fragen müssen den Gesichtspunkten gegenübergestellt werden, die zur Koalition drängen.

Auch in der Außenpolitik ist in vielem Wandel geschaffen worden, was bei der bürgerlichen Koalition niemals geschehen wäre, denn sie hatte eine andere Politik befolgt, als unsere Partei es jetzt tut.

Zum Schluß wünsche ich dem Parteitag, daß die wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, zur vollen Zufriedenheit und zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und der gesamten Internationale gelöst werden; denn nach der deutschen Partei wenden sich die Blicke aller Parteien, besonders der Bruderpartei in Lettland. (Bravo! und Händeklatschen.)

Modigliani, Italien: Genossinnen und Genossen! Ich komme nicht aus Italien, ich komme aus dem Lande unseres Exils, aus Frankreich. Wer seine Freiheit bewahren will, kann nicht in Italien leben, und wer in Italien leben will, kann nicht frei bleiben. Aber ich bin nicht gekommen, um nochmals ausführlich über die Zustände in Italien und den Faschismus zu reden. Wir italienischen Sozialisten wissen zu genau, daß die deutsche Sozialdemokratie alles, was sie im Kampf gegen den Faschismus tun kann, getan hat. Ich bin auch nicht gekommen — wir italienischen Sozialisten gehen nicht ins Ausland als Bettler — als ein Bettler, der heischend vor Eurer Tür steht, sondern als Bruder, um Euch zu sagen, daß Eure Sache unsre Sache ist (Bravo!), und daß unser Kampf gegen den Faschismus Euer Kampf gegen den Faschismus ist. (Bravo!) Ich erinnere Euch daran, daß dieser Faschismus in Italien eine Gefahr für den Frieden der Welt ist. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die Mehrheit in der Welt, insbesondere der Sozialismus in aller Welt, diese Gefahr erkannt hat.

Aber mehr als das, der italienische Faschismus hat auch die Freiheit der gewerkschaftlichen Bewegung vollständig zerstört und an ihre Stelle eine versklavte Organisation der Arbeiter gesetzt. Unser italienisches Interesse ist es, daß sich dieser Zustand ändert. Aber Euer Interesse ist es, daß diese gefährliche Anregung, diese gefährliche Ansteckung, die von Italien ausgeht, sich nicht auf andere Länder, insbesondere nicht auf Deutschland überträgt. Wir sehen die große Gefahr vor uns, daß sie sich auf England überträgt, denn das Gesetz, das zurzeit im englischen Parlament von der Regierung eingebracht ist und von den Gewerkschaften handelt, trägt den Stempel des italienischen, des faschistischen Vorbildes.

Wir müssen im Kampf gegen den Faschismus stehen wegen seiner auswärtigen Politik, so gut wie wegen seiner inneren Politik, und wir erinnern uns daran, daß es in aller Welt Menschen gibt, die mit dem Experiment des

Faschismus spielen und ihn tatsächlich mindestens für die Bourgeoisie für ein mögliches politisches Experiment halten. Es hat in Italien bürgerliche Parteien und Gruppen gegeben, die die Faschisten im Kampf gegen die Arbeiterschaft geschützt haben, die mit den Faschisten gegangen sind, als sie die Freiheit des Proletariats unterdrückten. Diese bürgerlichen Parteien haben geglaubt, daß der Faschismus vor den Türen der Unternehmer und vor den Toren der Fabriken halt machen werde. Sie sehen jetzt, daß nach der Unterdrückung der Freiheit der Arbeiterschaft auch für die Freiheit des Bürgertums, für geistige und kulturelle Freiheit unter dem Faschismus in Italien überhaupt kein Platz mehr ist. Der Faschismus ist der Mörder der Arbeiterfreiheit, aber er beginnt selbst für das Bürgertum in Italien unerträglich zu werden. Die Freiheit ist ein Licht. Wenn dieses Licht verschwindet, dann beginnt die Regierung zu erblinden. So sehen wir, wie diese in Italien erblindete Regierung das Land in eine schwere wirtschaftliche Krise hineinzuführen im Begriff ist. Für keinen Teil des Volkes, für keinen Teil der Völker überhaupt ist der Faschismus ein Segen und ein Glück.

Ich bin im Grunde nicht gekommen, um zu reden, sondern ich bin gekommen, um Euren Verhandlungen zuzuhören, Eure Ziele zu verfolgen, um von Euch zu lernen und um in Euren Kundgebungen und in Euren Versammlungen die Gewißheit zu finden, daß Mussolini nicht stark genug ist, um über den geschlossenen Willen des internationalen Sozialismus zu triumphieren. (Bravo! und Händeklatschen.)

Thorwald Stauning, Dänemark: Genossinnen und Genossen! Ich habe die Freude, unsrer deutschen Bruderpartei zu ihrem Parteitag einen herzlichen Gruß der dänischen Parteigenossen und der dänischen Sozialdemokratie zu überbringen. Ich war einige Jahre am Besuch unsrer deutschen Freunde verhindert, da ich Leiter des ersten sozialistischen Kabinetts unseres Landes war. Ich komme wieder als Beauftragter meiner Partei, nachdem die Reaktion ihren Einzug in die Leitung unseres Landes gehalten hat.

Die Bevölkerung Dänemarks leidet unter denselben Kriegsfolgen, die sich in anderen Ländern gezeigt haben. Der Wiederaufbau des Geldwesens und des durch Spekulation verheerten Erwerbslebens kostet Opfer. Aber während wir anstrebten, diese Lasten der Oberklasse aufzuerlegen, deren Vermögen sich vermehrt hatte, versuchen die reaktionären Parteien, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken, um Mittel zur Milderung der Steuerlasten der Oberklasse zu erhalten. Im Kampf um diese Prinzipien appellierten wir an die Wähler. Aber obwohl wir einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, glückte es der Reaktion, eine von mehreren Parteien gebildete, kümmerliche Mehrheit zu gewinnen, die die Basis der jetzigen Regierung darstellt. Die sozialdemokratische Partei steht indes stark und fest. Die reaktionäre Politik, die im Augenblick die Löhne und sozialen Leistungen reduziert, wird schon wieder die Augen öffnen, so daß wir auch weiterhin den nötigen Zuwachs erwarten können.

Wir verfolgen im übrigen mit Interesse die Arbeit unserer Bruderparteien und namentlich die starke Stellung unserer deutschen Bruderpartei. Wir freuen uns über die Stärke, mit der die deutsche Sozialdemokratie für die Sicherung der Republik und für eine Politik, die diesem Ziele zustrebt, gekämpft hat. Als Dänen fügen wir zu unseren Hoffnungen auch den Wunsch, daß wir weiterhin den Beistand unsrer deutschen Klassengenossen bei den Bestrebungen, eine gute und friedliche Nachbarschaft zu bekommen, genießen, eine nachbarliche Freundschaft, die nicht durch die Streitigkeiten gebrochen wird, die Chauvinisten ständig wieder ins Leben zu rufen versuchen werden. Ich danke der deutschen Sozialdemokratie für die Leistungen, die diese Partei für die Wiederauf-

richtung des Völkerfriedens vollbracht hat, für ihre Arbeit im Dienste des internationalen Sozialismus und wünsche im Namen der dänischen Bruderpartei Glück zur Arbeit auf dem jetzt eröffneten Parteitag. (Bravo! und Händeklatschen.)

Renner, Oesterreich: Genossen und Genossinnen! Mein Freund Dr. Eisler und ich sind beauftragt, im Namen unsres Parteivorstandes Sie herzlich zu begrüßen. Wir Oesterreicher betrachten uns nicht als Besuch, wir gehören zum Hause (Bravo! und Heiterkeit), und deshalb kann ich kurz sein.

Wir haben einen wunderbaren Wahlkampf hinter uns. Wir haben dem Besitzbürgerblock gegenübergestanden. Man hat uns überrennen wollen. Das Ende vom Liede ist, daß wir gesiegt haben. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben nunmehr 43 Prozent der Wählerschaft. (Bravo!) Zu uns sind insbesondere in hellen Scharen die Frauen gekommen. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben dadurch unsere Stellung seit den Revolutionswahlen des Jahres 1919 um 7 Prozent verbessert. (Bravo!) Nehmen wir zu den 43 Prozent noch 7 Prozent dazu, so haben wir die Hälfte. (Heiterkeit.) Allerdings hat schon ein Genosse gesagt, die letzten sind die schwersten. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß wir Sozialdemokraten in Oesterreich dank unserer Stärke und Organisation allmählich in der Welt einen guten Namen bekommen. Wenn ich nun das Rezept dieses Erfolges Ihnen kurz vorführen soll, so ist es dieses: erstens einmal muß das Proletariat einig sein —, die Kardinalformel. (Sehr richtig!) Es sagen viele „sehr wahr", die als echte Deutsche ihre besondere Rechthaberei manchmal dem allgemeinen Parteiinteresse vorziehen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Bewegung im ganzen muß recht behalten. Das Proletariat muß einig sein, der einzelne muß sich unterwerfen lernen. Die Folge des ersten Rezepts, das wir angewendet haben, ist, daß die Kommunisten bei uns kein Nationalrats-, kein Landtags-, kein Gemeinderats-, nicht einmal ein Bezirkssektionsmandat errungen haben. (Bravo!) Wir haben allerdings die Bekämpfung des Kommunismus nicht den Staatsanwälten überlassen (Bravo!), sondern haben uns in die Reihen der Arbeiterschaft gestellt und in der Arbeiterschaft selbst den Kampf durchgeführt, und das ist Rezept Nr. 2. Die Partei ist aber über den engen Rahmen des industriellen Proletariats hinausgewachsen. Wir haben die öffentlichen und privaten Angestellten zum großen Teile bei uns organisiert. Angestellte ersten Ranges sind bei uns, unsre Soldaten, unsre Wehrmänner. (Bravo!) Diese haben zu mehr als 80 Prozent bei den Personalvertretungswahlen sozialdemokratisch gestimmt (Bravo), unsre Eisenbahner an die 95 Prozent. Die Post hat allerdings noch ihre eignen Farben im Dienst, aber die Post ist rot. (Heiterkeit.) Die öffentlichen Angestellten, die Intelligenzkreise begreifen immer mehr bei uns, daß alles, was sich so bürgerliche Ideologie nennt, längst in die geschichtliche Rumpelkammer gehört daß die wahre, die wirkliche Idee von Staat und Gesellschaft heute der Sozialismus ist. (Bravo!) Das steckt noch in den Anfängen. Ich hatte heute bei einer intellektuellen Vereinigung, bei Ihrer Juristenversammlung, mitzuwirken und sehe, Ihre Partei richtet sich auch darauf ein, eine Kemnate für die Intelligenz aufzusperren.

Wir haben vorgestoßen in die Reihen des Kleingewerbes. Wir haben eine Organisation sozialdemokratischer Gewerbetreibender, die schon zwei Dutzend Tausend Organisierter hat. Das ist auch eine neue Sache. Wenn wir in erster Linie jedem, der sich zu uns begeben will, die Gretchenfrage: „Wie hältst Du es mit der Religion?" vorlegen wollten, statt ihn zu fragen: „Willst Du mit dem Proletariat zusammen einen sozialen Staat aufrichten?" hätten wir wahrscheinlich diesen Erfolg nicht. (Sehr richtig!)

Weiter haben wir die Freude, daß wir dank unseres Agrarprogramms heute fast schon in jedem Dorf Stimmen haben. (Bravo!) Wir haben Kleinbauern in beträchtlicher Zahl gewonnen und haben auch eine eigene Kleinbauernorganisation.

Alle diese Rezepte passen vielleicht nicht für Sie! Ich sehe aber, daß in dem Programm des Parteitags die Agrarfrage, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Republik und eine Reihe anderer Fragen stehen, die mir beweisen, daß Sie den Vorteil, sich einmal in der Opposition zu sammeln, ausnützen und andererseits die sozialistische Idee in die Grenzschichten hinübertragen wollen, da nun einmal das Proletariat auf demokratischem Wege die Mehrheit im Staate schwer erringen kann. Ich glaube, daß das Ziel, das Eggerstedt eingangs betonte, nämlich die Eroberung des Staates, auch für Sie in nicht allzu ferner Zeit erreicht werden wird.

Wir haben dann noch ein besonderes Ziel, das den österreichischen Sozialdemokraten und Ihnen gemeinsam ist, die Eroberung des einen deutschen Staates, der einen deutschen Republik. (Lebhaftes Bravo!) Aber das ist eine Frage der internationalen Zusammenhänge, und ich hoffe, daß man auf einem internationalen Sozialistenkongreß diese Frage einmal klären wird.

Wir können meines Erachtens nichts Besseres tun, als diese Phase der Geschichte, in der wir als deutsche Sozialdemokraten stehen, einzuleiten mit den Worten: Auf zur Eroberung des Staates, auf zur Eroberung der nationalen Einheit im Rahmen der Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Wels:** Parteigenossinnen und -Genossen! Ich glaube im Namen der hier Versammelten zu handeln, wenn ich den Vertretern der internationalen Bruderorganisationen den Dank der deutschen Partei ausspreche. (Bravo!) Die deutsche Partei stimmt mit allem, was uns an Lehren gegeben wurde, auch da, wo sie für uns nicht vollziehbar waren, innerlich tief überein. Aber das eine kann ich unserem hochverehrten letzten Redner sagen: das Rezept Nr. 2, die Bekämpfung der Kommunisten in Versammlungen Brust an Brust, oft sogar Hand gegen Hand, mußte auch von uns, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, geübt werden. (Zustimmung.) Gerade der Kampf in Mecklenburg, der in dieser Stunde seinen Abschluß gefunden hat, zeigt einen Kampf auf geistigem Gebiet, soweit er mit dem kommunistischen Geist geführt werden kann, in dem unsere Partei wahrhaftig ihren Mann gestanden hat. (Sehr richtig!)

Wir deutschen Sozialdemokraten sind in der Beurteilung der politischen Lage mit unseren ausländischen Freunden eins. Wir sehen die Gefahren allüberall in der Welt dadurch drohen, daß nahezu in jedem Erdenwinkel Kriegsgefahren aufs neue auftauchen. Unser Parteitag soll eine Arbeitswoche sein, eine Kieler Woche von ganz anderer Art, als sie die Stadt Kiel früher erlebte, wenn die kaiserlichen Wimpel über ihr schwebten. (Sehr gut!) In der nächsten Woche wird dann das nationalistische Deutschland seine Revanche an dieser Kieler Arbeitswoche nehmen. Sorgen wir dafür, daß die Saat, die wir säen, bald über diesen Bezirk hinaus aufgeht! Dann dienen wir damit dem Gedanken, den wir international überall verfechten.

Ich bitte nunmehr die Versammlung, unseren Bruderdelegierten dadurch zu danken, daß die deutschen Sozialdemokraten mit mir einstimmen in den Ruf: Es lebe die Internationale, die die Menschheit einstmals doch befreien wird. Sie lebe hoch, hoch, hoch!

(Die Delegierten stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Zum Schluß der Eröffnungssitzung singen die Teilnehmer des Parteitages die erste Strophe der Internationale.

(Schluß der Sitzung: 7 Uhr 45 Minuten.)